

Außenpolitische Strategie für die Region Ostafrika

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------------|---|-----------|
| 1 | Kontext | 2 |
| 2 | Überblick über die Region Ostafrika | 3 |
| 3 | Die Staaten Ostafrikas: Kenia, Tansania, Uganda | 5 |
| 3.1 | Regionale Bestimmungsfaktoren | 5 |
| | 3.1.1 Politische Entwicklung | 5 |
| | 3.1.2 Wirtschaftliche Entwicklung | 7 |
| | 3.1.3 Soziale und kulturelle Entwicklung | 9 |
| 3.2 | Interessen und Ziele deutscher Politik in Ostafrika | 10 |
| | 3.2.1 Regionale Stabilität/Konfliktprävention/Krisenmanagement | 11 |
| | 3.2.2 Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit u. Menschenrechten | 11 |
| | 3.2.3 Nachhaltige Entwicklung | 12 |
| | 3.2.4 Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen | 12 |
| | 3.2.5 Kulturaustausch | 13 |
| 3.3 | Instrumente und Umsetzung | 14 |
| | 3.3.1 Bilateraler Politischer Dialog | 14 |
| | 3.3.2 Gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Handels- und Entwicklungspolitik der EU | 15 |
| | 3.3.3 Entwicklungspolitische Zusammenarbeit | 15 |
| | 3.3.4 Humanitäre Hilfe, Flüchtlings- und Nahrungsmittelhilfe | 17 |
| | 3.3.5 Wirtschaftliche Zusammenarbeit | 17 |
| | 3.3.6 Kulturelle Zusammenarbeit | 18 |

1 Kontext

Die vorliegende Regionalstrategie für Ostafrika ordnet sich als eines mehrerer Teilkonzepte in das außenpolitische Strategiekonzept "Afrika südlich der Sahara" ein. Es orientiert sich an den generellen afrikapolitischen Zielen der Bundesrepublik Deutschland und befindet sich im Einklang mit übergeordneten, globalen Interessen der internationalen Gemeinschaft. Die Grundwerte Frieden, internationale Sicherheit und Stabilität, wie sie in Artikel 1 der VN-Charter verankert sind, stellen die herausragenden Ziele dar. Die Strategien der VN und der Weltbank sowie anderer multilateraler Geber hinsichtlich des Leitbildes "sustainable development", Armutsbekämpfung und "Hilfe zur Selbsthilfe" sind für Sub-Sahara-Afrika von besonderer Bedeutung und werden im Rahmen der deutschen Afrikapolitik, die mit den EU-Partnern ständig abgestimmt wird, unterstützt.

Die (Sub-) Regionalstrategie Ostafrika basiert auf allgemeinen Grundsätzen, Interessen und Zielen deutscher Afrikapolitik, die dem Regionalteil "Südliches Afrika" vorangestellt wurden und hier nochmals zusammenfassend wiederholt werden:

Zentrales Element der deutschen afrikapolitischen **Interessen** und **Zielvorstellungen** ist die **Schaffung von Frieden, Stabilität und Wohlstand**.

Folgende **Maßnahmen** stehen im Vordergrund unserer Bemühungen:

- **Umsetzung der Globalziele** (Menschenrechte, Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Zivilgesellschaft, Pressefreiheit, tragfähige Systeme sozialer Sicherung);
- **Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung;**
- **Krisenprävention, Konfliktbeilegung und Überwindung von Konfliktfolgen**
- **Vermeidung von großen Migrationsbewegungen**
- **Überwindung der Marginalisierung**
- **Bekämpfung von HIV/Aids**

Mit dem Programm "**New Partnership for Africa's Development (NEPAD)**" liegt seit Ende 2001 erstmals eine eigene afrikanische Konzeption zu politischen, wirtschaftlichen und Entwicklungsfragen des Kontinents vor. NEPAD bekennt sich zu mittel- und langfristiger Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten für die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents mit dem Ziel der Überwindung von Armut und Marginalisierung. NEPAD fordert die aktive Teilhabe Afrikas an der Gestaltung globaler Rahmenbedingungen. Demokratisierung, gute Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte werden als Voraussetzung für jede nachhaltige Entwicklung genannt. Die Umsetzung dieser Werte soll durch gegenseitige afrikanische Einschätzung und Unterstützung (African Peer Review) sichergestellt werden.

2 Überblick über die Region Ostafrika

Räumliche Abgrenzung und historische Entwicklung

Die Region Ostafrika ist geographisch und sozio-kulturell nicht eindeutig abgrenzbar. Sie weist eine große ethnische und kulturelle Vielfalt auf. Die (Sub-) Regionalstrategie Ostafrika umfasst die Staaten Kenia, Tansania und Uganda, die sich in der Ostafrikanischen Gemeinschaft (East African Community, EAC) zusammengeschlossen haben. Vor allem aufgrund arabischer Einflüsse entlang der ostafrikanischen Küste und auch der britischen Kolonialzeit entstand ein Raum mit kulturellen Gemeinsamkeiten, die sich u.a. in der Verbreitung von Christentum und Islam und der Verbreitung der Verkehrssprachen Kisuaheli und Englisch widerspiegeln. Die britische Kolonialzeit hat bis heute prägende Wirkung auf das sprachliche, administrative, kulturelle und wirtschaftliche Leben in allen drei Ländern. Demgegenüber ist das Erbe der relativ kurzen und im EAC-Raum auf das ehemalige Tanganyika beschränkten deutschen Kolonialzeit weitgehend verblasst.

Ruanda und Burundi, die vielfältige kulturelle und politische Verflechtungen mit dem ostafrikanischen Raum haben und einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EAC gestellt haben, werden wegen der aktuellen politischen Lage im Regionalkonzept Zentralafrika behandelt. Dem "Horn von Afrika" ist ein separates (Sub-) Regionalkonzept gewidmet.

Politische Entwicklung

In Tansania, Kenia und Uganda ist die innenpolitische Lage weitgehend stabil: wichtige Schritte zur demokratischen Konsolidierung wurden unternommen, die politischen Institutionen haben ein relativ hohes Maß an Funktionstüchtigkeit erreicht. Vordringliche politische Herausforderung ist gegenwärtig der Aufbau bzw. die Stärkung einer modernen, Ethnien übergreifenden Parteienlandschaft, da die meisten Parteien bis heute, von den früheren Einheitsparteien abgesehen, eindeutig ethnisch ausgerichtet sind.

Sozio-ökonomische Struktur

Die EAC-Staaten sind mit gut 85 Mio. Einwohnern insgesamt im afrikanischen Vergleich dicht besiedelt; es gibt allerdings neben Gebieten mit hoher Bevölkerungskonzentration (Hochland

Kenia, Viktoriasee, Küstenstreifen) auch solche mit sehr geringer Bevölkerung in den ariden und semi-ariden Gebieten.

Das Prokopfeinkommen liegt in **Kenia** bei 360 €(Bev. ca. 30 Mio.), in **Uganda** bei 320 €(Bev. ca. 22 Mio.) und in **Tansania** bei 260 €(Bev. ca. 33 Mio.). **Uganda und Tansania** zählen zur Gruppe der 40 sog. Least Developed Countries. Gemäß UNDP Human Development Index (HDI) liegt **Kenia** auf Platz 123, **Tansania** auf Platz 140 und **Uganda** auf Platz 141 von 162 aufgeführten Staaten (alle Angaben nach Weltbank bzw. UNDP für 1999/2000).

Bäuerliche Strukturen und Subsistenzwirtschaft prägen – trotz rasant wachsender Verstädterung - bis heute das Wirtschaftsleben. Nur in den städtischen Ballungsgebieten und in der Exportindustrie überwiegen marktwirtschaftliche Strukturen. Trotz eines Bevölkerungswachstums zwischen 2,8 und 3% in den 90er Jahren kann die Bevölkerung in den EAC-Staaten ausreichend Nahrungsmittel für die eigene Versorgung erzeugen. Gelegentliche Nahrungsmittelengpässe sind auf schwache Vermarktungsstrukturen (Waren aus Überschussgebieten im Inland gelangen nicht zu den periodisch von Dürren heimgesuchten Defizitgebieten) und auf sozioökonomische Gegebenheiten (u.a. Bauer/ Viehzüchter-Gegensatz, Lohnstruktur) zurückzuführen.

Geographische Faktoren

Der Raum Ostafrika liegt beidseitig des Äquators in den Volltropen. Ostseitenklima und stark ausgeprägtes Relief (Vulkane in Grenzgebiet Kenia/Tansania 5000 bis nahe 6000m hoch, Regenschatten durch Gebirgsketten entlang des ostafrikanischen Grabensystems) tragen dazu bei, dass die klimatischen Verhältnisse relativ kleinräumig starken Schwankungen unterworfen sind. Stark abstrahierend kann die folgende Einteilung vorgenommen werden: *Arid* (bis 300mm Niederschlag): nordöstl. Kenia, Zentraltansania; *Semi-arid* (bis 800 mm): Kenia, nordöstl. Tansania; *Humid* (> 800mm): Uganda, äußerster Westen Kenias, die meisten Gebiete Tansanias.

Bevölkerung / Ethnische Zusammensetzung

In allen drei Ländern zeigt die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung einen hohen Grad an Diversifizierung. **Tansania** zählt bis zu 130 Ethnien, von denen die zahlenmäßig größte (Sukuma) etwa 13 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. In **Kenia** leben 36 Ethnien mit mehr als 40 verschiedenen Sprachen, die größte Ethnie (Kikuyu) stellt etwa 20 % der Gesamtbevölkerung.

In **Uganda** gibt es über 40 Ethnien, deren größte (Baganda) etwa 18 % der Bevölkerung ausmacht. Den EAC-Ländern ist es vergleichsweise gut gelungen, trotz ethnisch sehr inhomogener Bevölkerungsstrukturen staatliche Identitäten mit eigenem Profil zu bilden.

3 Die Staaten Ostafrikas: Kenia, Tansania, Uganda

3.1 Regionale Bestimmungsfaktoren

3.1.1 Politische Entwicklung

Kenia ist aufgrund seiner politischen Stabilität und gut ausgebauten Infrastruktur zu einem Gravitationszentrum in Afrika geworden; zahlreiche internationale Organisationen und Medien sind in Nairobi vertreten. Das Land hat allerdings in den letzten Jahren eine schwierige politische und wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen, die durch Korruption und administrative Defizite wesentlich mitverursacht wurde. Mit zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen ist auch die innenpolitische Lage insgesamt in jüngster Zeit fragiler geworden. Die Spannungen werden dadurch verstärkt, daß die ethnische Zugehörigkeit im politischen wie im wirtschaftlichen Leben häufig der ausschlaggebende Faktor bei der - mehr oder weniger ausbalancierten - Besetzung von Führungspositionen ist. Dennoch sind die strukturellen Voraussetzungen für die Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ermutigend: eine selbstbewusste und lebhaftere Zivilgesellschaft, ein im afrikanischen Vergleich breiter und solider Mittelstand, eine erfreulich freie Presse und eine relativ weit entwickelte Parteienlandschaft.

Tansania kann als Beispiel gelungenen "nation building" gelten. Die frühere Einheitspartei (CCM) entfaltet nach wie vor eine starke integrative Wirkung und ist bis heute die dominierende politische Kraft geblieben. Die Oppositionsparteien sind schwach und zersplittert. "Ethnizität" ist bisher nicht zu einem belastenden Problem geworden. Das gilt allerdings nicht für das islamisch-arabisch geprägte Sansibar, wo die (islamische) Oppositionspartei (CUF) zu einem einflussreichen Machtfaktor und die ethnisch/kulturelle Identität zu einem wichtigen Element der politischen Auseinandersetzung geworden ist. Die überproportionale Repräsentanz im Unionsparlament und der teilautonome Status der Inseln Sansibar und Pemba werden von vielen Einwohnern der Inseln noch nicht als hinreichende Zugeständnisse empfunden.

Tansania hat nach Abkehr vom afrikanischen (Ujamaa-) Sozialismus einen marktwirtschaftlichen Reformkurs eingeschlagen und damit das Wirtschaftswachstum beschleunigt; die Reformen haben allerdings zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze geführt.

Uganda hat sich von den Schrecken und Verwüstungen der diktatorischen Regime der 70er und 80er Jahre erholt und politisch wie wirtschaftlich stabilisiert. Vereinzelte Rebellenaktivitäten behindern jedoch weiterhin die Entwicklung der Grenzregionen im Norden und Nordwesten des Landes und die Entfaltung eines devisa-bringenden Tourismus. Auf der Basis einer – von der Mehrheit der Bevölkerung per Referendum im Jahr 2000 gebilligten - "Demokratie ohne politische Parteien" hat das Land mit Unterstützung der Internationalen Finanzinstitutionen ein im afrikanischen Vergleich relativ erfolgreiches Programm wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Reformen umgesetzt; das Bildungs- und Gesundheitssystem wurden mit Nachdruck ausgebaut, die Armut konnte deutlich verringert werden.

Durch den im November 1999 unterzeichneten Gründungsvertrag ist eine Neugründung der Subregionalorganisation East African Community (EAC) erfolgt. Die Rahmenbedingungen für eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit sind günstiger als beim ersten – gescheiterten - Versuch im Jahre 1967. Ziel ist die Schaffung einer politischen Föderation der ostafrikanischen Staaten; eine parlamentarische Versammlung und ein Gerichtshof wurden schon eingerichtet. Zwischenschritte sind die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft. Die Mitgliedschaft in anderen Regionalorganisationen wie IGAD (Kenia und Uganda) oder SADC (Tansania) hat die Bereitschaft zu weitergehender Integration im EAC-Rahmen nicht tangiert. Es gibt zwischen den Mitgliedstaaten keine aktuellen Grenzkonflikte oder politischen Belastungen. Zwar existieren neben historisch bedingtem Misstrauen z.T. Befürchtungen wegen des wirtschaftlichen Übergewichts Kenias; insgesamt aber setzt sich in allen drei Staaten immer mehr die Einsicht durch, dass eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit für alle von Vorteil ist.

Belastungen für die Region Ostafrika ergeben sich durch die Verwicklung Ugandas in den Kongokonflikt sowie die ungelösten Probleme im Südsudan (mit unmittelbaren Auswirkungen

auf Uganda), in Somalia (von dem aus große Mengen von Kleinwaffen illegal nach Kenia gelangen) und insbesondere die weiterschwelenden ethnisch/kulturellen Konflikte in Ruanda und Burundi, die zu einem erheblichen Flüchtlingsdruck in den Grenzregionen, vor allem in Tansania geführt haben.

Generell steht in den EAC-Staaten das Primat der Politik gegenüber den Streitkräften, die sich durch politische Zurückhaltung auszeichnen, nicht zur Disposition.

3.1.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Alle drei Staaten Ostafrikas haben einen marktwirtschaftlichen Kurs eingeschlagen und damit eine wesentliche Voraussetzung für eine dynamische wirtschaftliche Integration geschaffen. **Kenia** ist nach wie vor das wirtschaftliche Schwergewicht der Region und hat die am besten ausgebaute Infrastruktur; das Wirtschaftswachstum stagniert jedoch seit Jahren u.a. wegen rückläufiger Entwicklungshilfe und innenpolitischer Probleme (ausufernde Korruption). **Uganda** und **Tansania** haben dagegen durch ihre Reformbemühungen spürbare wirtschaftliche Fortschritte (Wachstumsraten von ca. 5% jährlich) erzielt, jedoch von einem viel niedrigeren Niveau aus. Der im Zuge der EAC-Integration aufgestellte Entwicklungsplan (EAC Development Strategy), der zu einer Angleichung der Binnenstrukturen führen und bis 2005 umgesetzt werden soll, beinhaltet eine Zollunion, Handelsliberalisierungen und schließlich eine Währungsunion.

Der primäre Sektor stellt weiterhin das Rückgrat der Wirtschaft aller drei Länder dar. In **Kenia** und **Uganda** umfasst er überwiegend die landwirtschaftliche Produktion (nur wenige wirtschaftlich sinnvoll abbaubare Bodenschätze), während in **Tansania** die Gewinnung von Gold, Mineralien und Diamanten (mit zum Teil zweistelligen Zuwachsraten) eine wachsende Rolle spielt. Dessen ungeachtet gehört Tansania gemessen am Pro-Kopf-Einkommen weiterhin zu den ärmsten Staaten der Welt. Allerdings wird die große Bedeutung der Subsistenzwirtschaft in den offiziellen Statistiken nicht hinreichend erfasst. Dies hat zur Folge, daß die Wirtschaftskraft in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schwächer ausgewiesen ist, als es der Realität entspricht.

Nicht zuletzt ist die Einkommensverteilung für die Bewertung der sozio-ökonomischen Lage der Menschen von ausschlaggebender Bedeutung. **Tansania** hat infolge seines langjährigen Systems des sog. Ujamaa-Sozialismus nach wie vor eine ausgewogenere Einkommensverteilung als Kenia und Uganda.

Die unzureichende Stromversorgung, die in der Subregion hauptsächlich auf Wasserkraft basiert, ist trotz ansatzweise existierender grenzüberschreitender Elektrizitätsnetze für eine dynamische Industrialisierung eines der Haupthemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem **Uganda** verfügt über ein großes – noch weitgehend ungenutztes – Wasserkraftpotenzial.

Nach wie vor ist Biomasse (Holz) mit Abstand die größte Primärenergiequelle, deren extensive Nutzung (Raubbau) schwere Schäden an den verbliebenen Waldflächen verursacht.

Der intraregionale Handel zwischen den drei EAC-Staaten ist bislang nur schwach entwickelt: die dominierende Landwirtschaft erzeugt in allen drei Ländern ähnliche Produkte. Noch immer ist die Furcht vor einer Überschwemmung des gemeinsamen Marktes durch kenianische Waren in Uganda und insbesondere Tansania groß, während in der Realität die meisten importierten Waren nicht aus Kenia sondern aus Europa, Asien oder Südafrika stammen. Ein strukturelles Defizit ist ferner die wenig differenzierte Exportwirtschaft; wenngleich **Kenia** im afrikanischen Kontext schon zu den relativ weiter in die Weltwirtschaft integrierten Staaten gehört.

Traditionell spielt der Tourismus für die Staaten Ostafrikas eine bedeutende Rolle. Im Jahre 2000 wurde **Kenia** von über 1 Mio. Ausländern besucht. Obwohl die durchschnittliche Verweildauer rückläufig war, ist der Tourismus immer noch der zweitwichtigste Devisenlieferant des Landes (nach Agrarexporten). Deutsche sind mit ca. 200.000 Besuchern die stärkste Gruppe. **Tansania** bereisten im Jahre 2000 etwa 600.000 Besucher. Damit hat sich die Besucherzahl in den letzten zehn Jahren verdreifacht, die Deviseneinnahmen haben sich sogar verfünffacht. Für einen weiteren Ausbau dieses wichtigen Devisenbringers ist allerdings die Entwicklung der Infrastruktur unabdingbar. In **Uganda** leidet der Tourismussektor unter vereinzelt, unberechenbaren Rebellenaktionen. Das Land besitzt aber ebenfalls erhebliches touristisches Potenzial.

3.1.3 Soziale und kulturelle Entwicklung

In **Uganda** leben 35% der Bevölkerung unter der von den VN definierten Armutsgrenze, in **Kenia** mehr als 40% und in **Tansania** sogar mehr als 50%. In **Kenia** ist die Armut in den letzten Jahren deutlich gestiegen, während sie in **Uganda** durch umfangreiche Investitionen in die soziale Infrastruktur (Bildung, Gesundheitswesen) um nahezu 20% gesunken ist.

Wirtschaftliche Strukturanpassungen, die notwendig wurden, um die makroökonomische Lage zu verbessern, haben in ganz Ostafrika zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze geführt. Auch in **Tansania** wächst nach der wirtschaftspolitischen Umorientierung die Kluft zwischen Arm und Reich. Der in den 60er Jahren vergleichsweise hohe Bildungsstandard konnte aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und unzureichender Bildungsausgaben nicht gehalten werden. Gegenwärtig liegt die Analphabetenrate für Kenia, Tansania und Uganda bei 19%, 25% bzw. 34%.

Die Verbreitung von HIV/Aids stellt auch in den EAC-Ländern ein zentrales Problem dar, das durch die Defizite im Bildungs- und Gesundheitswesen verschärft wird. In der Altersgruppe von 15 bis 49 Jahren liegt der Anteil der HIV-Infizierten in **Uganda** und **Tansania** nach Angaben der WHO bei 8%, in **Kenia** deutlich höher bei 14%.

Uganda hat Mitte der 90er Jahre als einer der ersten afrikanischen Staaten überhaupt die Tabuisierung dieses Themas durchbrochen und auf breiter Front, angeführt vom Präsidenten, eine beispielhafte Aufklärungskampagne begonnen, die nunmehr messbare Erfolge zeigt.

Die derzeitige innenpolitische Lage ist in allen drei Staaten vergleichsweise ruhig; die jeweiligen Regierungen verfolgen eine Politik der Überwindung ethnischer und kultureller Gegensätze. Dennoch wachsen vor allem aufgrund sozio-ökonomischer Faktoren (Gegensatz zwischen Ackerbau und nomadischer Weidewirtschaft, knappe Bodenressourcen, Wohlstandsgefälle) mit zunehmender Bevölkerungszahl auch in den EAC-Staaten die ethnischen und kulturellen Spannungen. Eine Reaktion auf diese Entwicklung ist die wieder lauter werdende Forderung nach "Indigenisierung" der Wirtschaft, die sich vorrangig gegen die wirtschaftlich erfolgreiche

indischstämmige Minderheit richtet. Außerdem wächst der Einfluss islamisch-fundamentalistischer Gruppen in der ostafrikanischen Küstenregion, nicht zuletzt infolge finanzkräftiger ausländischer Missionsarbeit.

Die Menschenrechte finden in Ostafrika weitgehend Beachtung. Regelmäßige und systematische Menschenrechtsverletzungen kommen nicht vor. Defizite im Menschenrechtsbereich beruhen in aller Regel auf Unzulänglichkeiten im Justiz- und Polizeiwesen - insbesondere schlechter Ausbildung, mangelhafter Ausstattung und Korruptionsanfälligkeit. Die Diskriminierungsverbote werden weitgehend eingehalten; ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt wird zwar nicht immer gewürdigt, aber generell toleriert. Die Gleichberechtigung der Frau ist rechtlich verankert; gleichwohl existieren traditionsbedingte Benachteiligungen. Von Relevanz ist in einigen Gebieten Ostafrikas die weibliche Beschneidung, die zwar zunehmend als Menschenrechtsverletzung eingestuft wird, deren staatliche Verfolgung und Bestrafung aber nach wie vor nicht konsequent umgesetzt wird.

Ein immer größeres Problem mit menschenrechtlichen Auswirkungen ist das Anwachsen der Kriminalität in einigen Gegenden, insbesondere in den großen Städten. Die Bevölkerung fühlt sich in zunehmendem Maße nicht hinreichend geschützt; die Polizei ist oft überfordert, neigt zu überzogenen Reaktionen und ist doch nicht in der Lage, die Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Organisierte Banden tragen zur weiteren Verschärfung bei und untergraben das Gewaltmonopol des Staates.

3.2 Interessen und Ziele deutscher Außenpolitik in den EAC-Staaten

Die Unterstützung von Stabilität und nachhaltiger Entwicklung sind auch im östlichen Afrika Schwerpunkte deutscher Außenpolitik. Anders als in anderen afrikanischen Regionen, die stärker von gewaltsamen Konflikten und humanitären Krisen gezeichnet sind, steht in Ostafrika die Konsolidierung der positiven Entwicklungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich im Vordergrund. Von einer stabilen und prosperierenden EAC könnten auch positive Auswirkungen auf die Nachbarländer und Afrika insgesamt ausgehen.

3.2.1 Regionale Stabilität/ Konfliktprävention/ Krisenmanagement

Auf der Basis der erreichten Stabilität innerhalb des EAC-Raumes kann die Gemeinschaft auch eine wichtige Rolle in den Bereichen Konfliktprävention und Krisenmanagement spielen. Nach dem EAC-Vertrag haben sich die drei Staaten u.a. zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität innerhalb der Region verpflichtet.

Unabhängig von EAC-Verpflichtungen stellt **Kenia** schon seit vielen Jahren im Rahmen von VN-Friedensmissionen Truppen zur Verfügung. Mit eigenen Initiativen ist Kenia um Konfliktlösung im Süd-Sudan und in Somalia bemüht.

Tansania ist Gaststaat des Internationalen Strafgerichtshofs in Arusha zur Aufarbeitung des Völkermords in Ruanda. Anfang 2002 hat Tansania die große gemeinsame militärische Übung afrikanischer und westlicher Staaten "Tanzanite 2002" ausgerichtet.

Durch die Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge aus dem zentralafrikanischen Krisengebiet Kongo / Große Seen sowie Sudan und Somalia erfüllen die EAC-Staaten, **insbesondere Tansania**, eine wichtige stabilisierende und humanitäre Aufgabe auf dem afrikanischen Kontinent und verdienen hierbei angemessene internationale Unterstützung.

Die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus hat auch in den EAC-Ländern hohe Priorität: Kenia und Tansania sind im August 1998 Opfer anti-amerikanischer Bombenanschläge geworden, mit mehreren hundert Toten. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist **Kenias** Kooperationsbereitschaft (u.a. Bereitstellung von logistischen Einrichtungen in Mombasa) von besonderer praktischer Bedeutung.

3.2.2 Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten

Wegen der im afrikanischen Vergleich relativ positiven Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten in den EAC-Staaten verdienen die etablierten Institutionen im parlamentarischen wie auch im Justizbereich in allen drei Staaten weiterhin Unterstützung.

Neben der Konsolidierung der demokratischen Institutionen sind die Entwicklung einer staatsbürgerlich definierten Parteienlandschaft, die ethnische Gräben überbrückt, sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft von besonderer Bedeutung, um gute Regierungsführung sicherzustellen und die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährdende Korruption einzudämmen. Von besonderer Wichtigkeit sind Maßnahmen zur Eindämmung von Kriminalität. Eine entsprechende Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften und der Zivilgesellschaft liegt auch in unserem Interesse.

3.2.3 Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ("sustainable development") ist ein weiteres Globalziel deutscher Außenpolitik, in dem sich die Verbesserung wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen mit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verbinden. Nachhaltige Entwicklung ist Voraussetzung für die Überwindung der Armut und den Erhalt bzw. die Schaffung politischer Stabilität. Sie erfordert die vorrangige Förderung von Eigenverantwortung derjenigen Staaten und Regierungen, die sich ernsthaft um Entwicklung bemühen. Die Staaten Ostafrikas können auch in dieser Hinsicht eine gewisse Vorbildfunktion für andere afrikanische Staaten haben.

Es liegt auch im Interesse der internationalen Gemeinschaft, die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt der Region zu erhalten (wie dies u.a. im Serengeti-Nationalpark in vorbildlicher Weise geschieht); dies lässt sich aber auf Dauer nur realisieren, wenn die Lebensbedingungen nachhaltig so verbessert werden, dass der private Raubbau an der Natur auf mittlere Sicht für die Bevölkerung erkennbar mehr Nachteile als Vorteile bringt.

3.2.4 Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Das Wirtschaftswachstum der EAC-Länder insgesamt liegt seit Jahren über dem afrikanischen Durchschnitt. Der weitere Ausbau der Marktstrukturen würde den Ländern Ostafrikas einen stärkeren Handel untereinander und darüber hinaus auch eine stärkere Partizipation am Welthandel ermöglichen. Um der Gefahr wirtschaftlicher Marginalisierung der überwiegend an mineralischen Rohstoffen armen und von wenigen Exportgütern (insbes. Agrarprodukten wie

Kaffee, Tee, Blumen, Baumwolle sowie Fisch) abhängigen Länder Ostafrikas entgegenzuwirken, bedarf es verstärkt der Ansiedlung verarbeitender, exportfähiger Industrien, wie dies ansatzweise in Kenia erfolgt ist. Von großer wirtschaftlicher Bedeutung wird auch in Zukunft die Pflege und der weitere Ausbau eines kultur- und umweltverträglichen Tourismus in Ostafrika sein.

Deutschland hat ein vitales Interesse an offenen Märkten und weltwirtschaftlicher Integration. Durch die Vereinbarungen zwischen den AKP-Staaten und der EU ist den AKP-Staaten der Zugang zum deutschen und europäischen Markt erleichtert worden. Zusätzlich wurden die Exportchancen für Tansania und Uganda, die zum Kreis der Entwicklungsländer mit LDC-Status gehören, durch die "everything but arms" Initiative der EU verbessert. Allerdings sollte eine weitere Marktöffnung und der Abbau von Subventionen - vor allem auf dem Agrarsektor - in den Industrieländern auf der Tagesordnung bleiben.

Ostafrika bietet für die deutsche Wirtschaft – nicht zuletzt wegen seiner politischen Stabilität – auf mittlere Sicht interessante Perspektiven. Es könnte sowohl als Absatzmarkt als auch als Lieferant – nicht nur von Rohstoffen sondern insbesondere auch von Agrarprodukten – eine wachsende Bedeutung erlangen.

3.2.5 Kulturaustausch

Der kulturelle Austausch bietet Möglichkeiten der Förderung gegenseitigen Verständnisses, die dem politischen und wirtschaftlichen Bereich teilweise verschlossen bleiben. Die Staaten Ostafrikas, deren Gesellschaften einerseits durch ethnische Fragmentierung und andererseits durch kulturelle "Verwestlichung" gefährdet sind, stellen an die kulturelle Zusammenarbeit besondere Anforderungen. Die Bildung einer Ethnien übergreifenden, nationalen Identität ohne Zerstörung gewachsener Traditionen ist ein langwieriger Prozess. Dabei kann die Förderung des internen kulturellen Dialogs einen wesentlichen Beitrag zur – auch in unserem Interesse liegenden – Entschärfung möglicher Ansatzpunkte für religiösen oder weltanschaulichen Fundamentalismus leisten. Unser Ziel ist es, ein realistisches Bild des heutigen Deutschland und Verständnis für seine Gesellschaft und Kultur zu vermitteln und Möglichkeiten der Zusammenarbeit aufzuzeigen. Wir wollen die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen unterstützen, durch Dialogangebote für verschiedene Gruppen zur Konfliktprävention beitragen

und gleichzeitig in Deutschland die Wahrnehmung und das Verständnis für die Kulturen der Staaten Ostafrikas fördern.

3.3 Instrumente und Umsetzung

3.3.1 Bilateraler politischer Dialog

Der bilaterale politische Dialog wird von den drei Botschaften vor Ort intensiv gepflegt. Sie sind dort erste Ansprechpartner und stehen in ständigem Kontakt mit den Regierungen von Kenia, Tansania und Uganda, die an einer Intensivierung dieses Dialogs und des offiziellen Besucheraustauschs stark interessiert sind. Darüber hinaus bemühen sich die Botschaften auch um die Herstellung und Förderung von Kontakten zwischen Parlamentariern, einschließlich Vertretern der jeweiligen Opposition, sowie Repräsentanten der Zivilgesellschaft und Mitarbeitern der Medien. Die Präsenz vor Ort wird ergänzt durch Besuchs- und Konferenzdiplomatie; Nairobi ist Sitz der VN-Umweltorganisation UNEP; Arusha ist Tagungsort für zahlreiche afrikanische Konferenzen.

Der politische Dialog leistet einen wichtigen Beitrag im Bereich der Krisen- und Konfliktprävention bzw. –bewältigung und zur Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten. Den politischen Stiftungen, die in den EAC-Ländern vergleichsweise stark vertreten sind, kommt bei der Förderung demokratischer Strukturen und dem Ausbau der Zivilgesellschaft in der Region eine besondere Rolle zu. Projekte der Demokratisierungshilfe sowie Wahlbeobachtungen, die vorrangig im Rahmen der EU organisiert werden, verstärken die positiven Wirkungen des Dialogs.

Die Botschaften in den EAC-Ländern sind Ansprechpartner und Servicestelle für die relativ große Zahl dort residierender deutscher Staatsbürger, Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen (allein in Kenia haben über 3.000 Deutsche ihren permanenten Wohnsitz und über 50 deutsche Unternehmen Produktionsstätten oder Repräsentanzen).

3.3.2 Gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Handels- und Entwicklungspolitik der EU

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind in den EAC-Ländern auf diplomatischer Ebene stark vertreten und gehören zu den größten Entwicklungshilfegebern. Alle Länder Ostafrikas sind über die Abkommen von Lomé und Cotonou (vom Juni 2000) mit der EU verbunden. Der Umfang und die Schwerpunkte der Zusammenarbeit werden über einen 7-Jahres-Zeitraum in einem zusammen mit dem Empfängerstaat gemeinsam erarbeiteten Länderstrategiepapier festgelegt. Es wird ergänzt durch ein Nationales Richtprogramm mit kürzerer Laufzeit, in dem die Mittelverteilung festgeschrieben wird. Die Hilfe richtet sich nach verschiedenen Parametern wie Bevölkerungszahl, Bedarf, bisheriger Leistung etc.

Gleichzeitig ist die Gemeinschaft der wichtigste Handelspartner Ostafrikas. Das Cotonou-Abkommen sieht Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) unter Berücksichtigung regionaler Integration vor. Dadurch sollen die bisher einseitigen Handelspräferenzen ab Anfang 2008 durch WTO-konforme Regelungen mit stufenweisem Abbau der Handelshemmnisse abgelöst werden. Handels- und Entwicklungspolitik werden dabei verzahnt.

3.3.3 Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit den EAC-Staaten leistet "Hilfe zur Selbsthilfe" und fördert nachhaltige Entwicklung ("sustainable development"), die schonend mit den ökologischen Ressourcen umgeht. Sie unterstützt die Entwicklung und Stärkung stabiler gesellschaftlicher Institutionen sowie leistungsfähiger Wirtschaftsstrukturen, die einerseits die Grundbedürfnisse der Menschen sichern und andererseits die Beteiligung am Weltmarkt ermöglichen.

Alle drei EAC-Staaten erfüllen im wesentlichen die fünf grundlegenden Kriterien deutscher EZ und gehören zu den Schwerpunktpartnerländern der bilateralen EZ. **Tansania** hat Gesamtzusagen von etwa 2,36 Mrd. DM erhalten, zuletzt wurden für 2000/2001 84,5 Mio. DM zugesagt; die Gesamtzusagen für **Kenia** belaufen sich auf ca. 2,62 Mrd. DM (letzte Zusage 76,4 Mio. DM); die

Gesamtzusagen für **Uganda** auf etwa 1,15 Mrd. DM (letzte Zusage 88 Mio. DM). Hinzu kommen erhebliche Leistungen der internationalen Organisationen, Weltbank, EU etc., von denen Deutschland einen verhältnismäßig hohen Anteil trägt.

Die hohe Verschuldung ist auch für die EAC-Staaten ein großes Problem. Die Verschuldung von **Uganda** und **Tansania** wurde im Rahmen der von uns nachdrücklich geförderten HIPC-Initiative reduziert. Bilateral wurde mit **Uganda** ein Abkommen über vollständigen Schuldenerlass abgeschlossen; für **Tansania** steht dies an. Da **Kenia** die formalen Kriterien der HIPC nicht erfüllte, wurde es in diese Initiative zur Schuldenerleichterung nicht aufgenommen. Seine Schuldenlast könnte jedoch durch Teilerlass im Pariser Club spürbar gesenkt werden; Voraussetzung hierfür wäre eine Wiederaufnahme des mit dem IWF vereinbarten Reformprogramms, das im Bereich Korruptionsbekämpfung bislang ungenügende Fortschritte macht.

Wesentliches Ziel der deutschen EZ in Ostafrika ist die Armutsreduzierung, insbesondere durch Verbesserung des Gesundheitswesens (einschl. HIV/Aids-Bekämpfung), der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, der Landwirtschaft und des ländlichen Finanzwesens, der Berufsbildung und der nachhaltigen Nutzung von Forst- und Wildressourcen. Daneben berät die deutsche EZ bei der Schaffung struktur- und ordnungspolitischer Rahmenbedingungen im Bereich von Energiepolitik, Jugend- und Sozialpolitik, des Rechts- und des Steuerwesens. In jedem der drei Länder werden aus EZ-Mitteln mehrere Kooperationsprojekte in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gefördert (sog. "Public Private Partnership" - Programm).

Die regionale wirtschaftliche Integration wird durch Entsendung eines GTZ-Experten an das Sekretariat der EAC in Arusha/Tansania gefördert. In den vergangenen drei Entwicklungsdekaden hat die deutsche EZ bereits umfangreich zur Verbesserung von Straßen, Eisenbahnen und zur Energiegewinnung in Ostafrika beigetragen.

Effiziente Entwicklungszusammenarbeit setzt eine sorgfältige Koordinierung voraus. Dies erfordert eine umfassende Abstimmung zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), welches die EZ federführend konzipiert und dem Auswärtigen Amt, das die bilateralen Beziehungen zu den drei EAC-Ländern in ihrer Gesamtheit pflegt. Ferner bedarf es ständiger Abstimmung der verschiedenen Geber im Rahmen der von den

EAC-Ländern selbst geleiteten Entwicklungsmaßnahmen. An der Koordinierung multilateraler Hilfe über die EU, die Weltbank sowie die VN-Sonderorganisationen beteiligt sich Deutschland aktiv und mit substanziellen finanziellen Beiträgen.

3.3.4 Humanitäre Hilfe, Flüchtlings- und Nahrungsmittelhilfe

In allen drei EAC-Staaten ist humanitäre Hilfe gegenwärtig vor allem auf Flüchtlingsschutz und -hilfe ausgerichtet. Besonders Tansania, wo gegenwärtig Hunderttausende von Flüchtlingen, vor allem aus Burundi, Ruanda und DR Kongo Schutz suchen, erhält umfangreiche Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft. Deutschland unterstützt mit erheblichen finanziellen Mitteln sowohl die VN-Flüchtlingshilfe (über UNHCR) als auch die humanitäre Hilfe der EU (über ECHO).

3.3.5 Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Ostafrika sind ausbaufähig. Sie werden mit dem weltweit zur Verfügung stehenden Instrumenten (Hermes, Kapitalanlagegarantien, Investitionsförderungs- und Schutzverträge, Messesförderung) unterstützt. In allen drei Ländern besteht die Möglichkeit von Anlagegarantien und Investitionssicherung durch Hermes-Kredite. **Uganda und Tansania** sind allerdings in die höchste Risiko-Kategorie (7) eingestuft, **Kenia** in die Kategorie 6. Mit Kenia bestehen die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen, sowohl im Handels- und Tourismusbereich als auch insbesondere bei den Direktinvestitionen (die in Tansania und Uganda nur von geringer Bedeutung sind). Die deutschen Investitionen in **Kenia** belaufen sich insgesamt auf ca. 150 Mio.€ das deutsch-kenianische Handelsvolumen war in den vergangenen Jahren mit 200 – 250 Mio.€ jährlich etwa drei- bis viermal so hoch wie mit Tansania oder Uganda.

Die Botschaften unterstützen regelmäßig die Wirtschaftsförderungsaktivitäten des Afrika-Vereins in Hamburg, der Bundesagentur für Aussenwirtschaft in Köln und des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Sie helfen interessierten Unternehmen bei der Kontaktaufnahme im Gastland und leiten Informationen (z.B. Ausschreibungen) an interessierte Wirtschaftsunternehmen weiter.

Zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bedarf es weiterer Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsanstrengungen, erhöhter Rechtssicherheit für Wirtschaftsunternehmen sowie einer stärkeren außenwirtschaftlichen Ausrichtung der Volkswirtschaften, insbesondere Ugandas und Tansanias.

3.3.6 Kulturelle Zusammenarbeit

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben die Bedeutung unterstrichen, die der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als integralem Bestandteil einer der Friedenserhaltung und Konfliktprävention verpflichteten deutschen Außenpolitik langfristig zukommt. Vor diesem Hintergrund müssen die vorhandenen Instrumente (Goethe-Institut und DAAD-Beauftragter in Nairobi, Vermittlung der deutschen Sprache, Stipendienvergabe, kulturellerhaltende Maßnahmen, Deutsche Welle usw.) verstärkt für den Dialog der Kulturen genutzt werden. Sie können damit auch einen wirkungsvollen Beitrag zu besserer Verständigung und mehr Toleranz leisten.

Um das Bewusstsein für die eigenen kulturellen Wurzeln und deren Wert in den ethnisch fragmentierten Gesellschaften Ostafrikas zu fördern, bedarf es einer verstärkten Unterstützung sowohl der kulturellen Initiativen der Zivilgesellschaft als auch der öffentlichen Projekte, die dem Kulturerhalt dienen. Die bestehenden Kulturabkommen mit Kenia und Tansania bieten einen tragfähigen rechtlichen Rahmen für den weiteren Ausbau der Kulturbeziehungen.